

Nr. 12/2018 (Redaktionsschluss Ende November 2018)

Aktuelle Steuer-Nachrichten

1. Aus Gesetzgebung und Verwaltung: a) Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen und Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (vormals JStG 2018) beschlossen

Am 08.11.2018 hat der Bundestag das Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (vormals JStG 2018) in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (BT-Drs. 19/5595) beschlossen (Gesetzesbeschluss vom 09.11.2018 - BR-Drs. 559/18).

Mit dem Gesetz sollen u.a. Umsatzsteuerausfälle beim Handel mit Waren auf elektronischen Marktplätzen im Internet verhindert werden. Betreiber von elektronischen Marktplätzen sollen zum einen künftig bestimmte Daten ihrer Nutzer, für deren Umsätze in Deutschland eine Steuerpflicht in Betracht kommt, aufzeichnen sowie zum anderen für die entstandene und nicht abgeführte Umsatzsteuer aus den auf ihrem elektronischen Marktplatz ausgeführten Umsätzen in Haftung genommen werden können, insbesondere dann, wenn sie Unternehmer, die im Inland steuerpflichtige Umsätze erzielen und hier steuerlich nicht registriert sind, auf ihrem Marktplatz Waren anbieten lassen. Das Bundeskabinett hatte am 01.08.2018 den Regierungsentwurf dieses Gesetzes beschlossen (vgl. BT-Drs. 19/4455). (DStR 2018, Heft 46, S. VI)

b) Anwendung des § 1 Abs. 3 und 3a GrEStG

Die obersten Finanzbehörden der Länder haben mit fünf gleichlautenden Erlassen vom 19.09.2018 zur Anwendung des § 1 Abs. 3 (steuerbare Anteilsvereinigungen und Anteilsübertragungen) und Abs. 3a (wirtschaftliche Beteiligung) GrEStG Stellung genommen.

Ein Erlass (BMF-Az. IV C 7 - S 4501/18/10001:002, DStR 2018, 227) befasst sich mit der mittelbaren Änderung des Gesellschafterbestandes einer grundbesitzenden (Personen-)Gesellschaft und der Umsetzung der neueren BFH-Rechtsprechung (vom 27.09.2017 - II R 41/15, DStR 2018, 189), wonach beim mittelbaren Anteilserwerb eine zwischengeschaltete Personengesellschaft einer Kapitalgesellschaft unter Berücksichtigung des allgemeinen Gleichheitssatzes gleichzustellen ist. Unmittelbare Beteiligungen an grundbesitzenden Personen- und Kapitalgesellschaften werden dagegen weiterhin unterschiedlich

behandelt. Die gleichlautenden Erlasse zu diesem Thema vom 09.12.2015, BStBl. I 2016, 477, BeckVerw 328828, werden aufgehoben.

Ein weiterer Erlass (BMF-Az. IV C 7 - S 4501/07/10002:008, DStR 2018, 2208) behandelt Erwerbsvorgänge im Zusammenhang mit Treuhandgeschäften und Auftrags-erwerben bzw. Geschäftsbesorgungen und stellt die grund-erwerbsteuerliche Behandlung einer Reihe von typischen Fallgruppen dar und ersetzt die gleichlautenden Erlasse vom 12.10.2007, BStBl. I 2007, 761, BeckVerw 103620).

Eine Reihe von Beispielen für die Anwendung der Befreiungsvorschriften der §§ 3 und 6 GrEStG, insbesondere des § 3 Nr. 2 S. 1 GrEStG (Vermeidung der Doppelbelastung mit Erbschaft-/Schenkungs- und Grunderwerbsteuer), in den Fällen des § 1 Abs. 3 GrEStG gibt ein weiterer Erlass (BMF-Az. IV C 7 - S 4505/07/10001:002, DStR 2018, 2211). Dieser Erlass tritt an die Stelle der gleichlautenden Erlasse vom 06.03.2013 (BStBl. I 2013, 773, BeckVerw 273896).

Ein vierter Erlass (BMF-Az. IV C 7 - S 4501/13/10001:002, DOK 2018/0805878, DStR 2018, 2213) geht auf die Anwendung der Anti-RETT-Blocker-Vorschrift des § 1 Abs. 3a GrEStG ein (ersetzt die gleichlautenden Erlasse vom 09.10.2013, BStBl. I 2013, 662).

Aufgrund seines Umfangs nicht in die gedruckte Ausgabe aufgenommen werden konnte ein fünfter Erlass (BMF-Az. IV C 7 - S 4501/07/10003:002, BeckVerw 441290), der sich ausführlich mit der Anwendung des § 1 Abs. 3 i.V.m. Abs. 4 GrEStG mit Organschaftsfällen befasst. Dieser neue Erlass tritt an die Stelle des gleichlautenden Erlasses vom 21.03.2007 (BStBl. I 2007, 422, BeckVerw 090802). Die neuen Erlasse sind auf alle offenen Fälle anzuwenden. (Oberste Finanzbehörden der Länder, GLE vom 19.09.2018; DStR 2018, Heft 42, S. VIII)

2. Allgemeine Steuerzahlungstermine im Januar und Februar 2019

Das erste Datum gibt den gesetzlichen Fälligkeitstermin an, das zweite Datum das Ende der Zahlungs-Schonfrist: LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.01./13.01.; LSt, Kirchen-LSt, Solz-LSt, USt: 10.02./13.02.; GewSt, GrundSt: 15.02./20.02. Hinweis: Schonfristen gelten nicht für Bar- u. Scheckzahler.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Domstraße 15, 20095 Hamburg

Druckerei:

DATEV eG
Druck- und Versandzentrum, Abteilung P492, 90329 Nürnberg

Verantwortliche Redaktion:

RA/StB Gerhard Schmitt
Alt-Moabit 2, 10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: gerhard.schmitt@mazars.de

StB Andreas Lichel

Alt-Moabit 2, 10557 Berlin
Tel: +49 30 208 88-0 - E-Mail: andreas.lichel@mazars.de

Stichwortverzeichnis 2018
Die erste Ziffer gibt den Monat, die zweite die Nachricht des betreffenden Monats an

Abgabenordnung

- Billigkeitserlass von Nachzahlungszinsen 2/3
- Außenprüfung sog. „Einkommensmillionäre“ nach § 193 Abs. 1 i.V.m. § 147a AO auch bei zu veranlagenden Kapitaleinkünften zulässig und nicht verfassungswidrig 4/9
- Mittelvorsorgepflicht bei Lohnsteuerverbindlichkeiten - grob fahrlässige Pflichtverletzung - Befolgung anwaltlicher Rechtsauskünfte 5/3
- Zweifel an Verfassungsmäßigkeit von Nachzahlungszinsen f. Verzinsungszeiträume ab 2015 6/3
- Elektronische Übermittlung einer E-Bilanz nicht wegen Ausspähungsgefahr unzumutbar 9/3
- Buchung von EC-Karten-Umsätzen in der Kassenführung 10/3

Aus Gesetzgebung und Verwaltung

- Steuererklärungsfristen f.d. Kalenderjahr 2016 1/1a
- Auswirkungen des MoMiG auf nachträgliche Anschaffungskosten gemäß § 17 Abs. 2 EStG; BFH vom 11.07.2017 im Revisionsverfahren IX R 36/15 1/1b
- Ort der sonstigen Leistung im Zusammenhang mit einem Grundstück nach § 3a Abs. 3 Nr. 1 UStG 1/1c
- Bilanzsteuerrechtliche Beurteilung von Arbeitnehmererfindungen 1/1d
- Stand der Gesetzgebung 2/1
- Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung und anderer Verordnungen vom 07.12.2017 (BGBl. I S. 3906); Lohnsteuerliche Behandlung von unentgeltlichen oder verbilligten Mahlzeiten der Arbeitnehmer ab Kalenderjahr 2018 3/1a
- DBA-Frankreich: Durchführung des Renteniskalausgleichs 3/1b
- Buchung von EC-Kartenumsätzen in der Kassenführung 3/1c
- Verfassungsmäßigkeit des Rechnungszinsfußes; § 6a Abs. 3 S. 3 EStG 4/1a
- Ertragsteuerliche Behandlung des Handels mit Bitcoins auf der priv. Vermögenssphäre 4/1b
- Gemeiner Wert von Erfindungen und Urheberrechten 5/1a
- Umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage von Online-Glücksspielen 5/1b
- Gesetz zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU - DSAnpUG-EU) 6/1
- Gesetz zur Stärkung und steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Familienentlastungsgesetz - FamEntlastG) 7/1a
- Änderung des Erbschaftsteuergesetzes durch d. Gesetz zum Abschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung 7/1b
- Jahressteuergesetz 2018 7/1c
- Reform des EU-Mehrwertsteuersystems 8/1a
- Initiativen von Bayern und NRW zur Reform d. Steuerrechts u. Entlastung der Unternehmen sowie z. Reduzierung v. Bürokratieaufwand 8/1b
- Gesetzentwurf gegen Steuerbetrug beim Onlinehandel 9/1
- Genehmigung der Europäischen Kommission zu § 3a EStG und § 7b GewStG 10/1
- Referentenentwurf eines Gesetzes über steuerliche Begleitregelungen zum Brexit 11/1a
- Stellungnahme des Bundesrats zum Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen und Änderung weiterer stl. Vorschriften (vormals JStG 2018) 11/1b
- Regelung für Onlinehandel 11/1c
- Sonderabschreibung für Wohnungsbau 11/1d
- Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen und Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften beschlossen 12/1a
- Anwendung des § 1 Abs. 3 und 3a GrEStG 12/1b

Außensteuergesetz

- EuGH-Vorlage - Unionsrechtsverstoß der sofortigen Wegzugsbesteuerung nach § 6 Abs. 1 AStG bei Umzug des Gesellschafters i.d. Schweiz 10/4

Bewertungsgesetz

- Berücksichtigung von Sanierungskosten in einem Sachverständigengutachten 5/11
- Bewertung des Nutzungsvorteils bei unverzinslichen und niedrig verzinslichen Darlehen 7/3

Einkommensteuer

- Nutzung zu eigenen Wohnzwecken, Begünstigung von Zweit- und Ferienwohnungen 1/3
- Vereinbarkeit von § 50d Abs. 3 EStG mit der Niederlassungsfreiheit und der Mutter-Tochter-Richtlinie 1/4

- Überschreiten privater Vermögensverwaltung - Verklammerung auch bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern und Überschreiten der zehnjährigen Haltefrist 1/5
- Kein Fremdvergleich bei Arbeitsverhältnissen zwischen (nahestehenden) fremden Dritten 2/4
- Spekulationsgewinnbesteuerung bei selbstgenutzter Ferienwohnung 2/5
- Betrieb, Teilbetrieb, Mitunternehmeranteil, Einbringung in eine Personengesellschaft 2/6
- Einkünfte aus ruhendem Gewerbebetrieb 3/3
- Doppelte Haushaltsführung - Hauptwohnung am Beschäftigungsort 3/4
- Erwerb eigener Anteile durch GmbH als Gewinn nach § 17 EStG beim Gesellschafter auch nach BilMoG 4/3
- Abzug nachträglicher Schuldzinsen als Werbungskosten bei Einkünften aus Vermietung u. Verpachtung bei Veräußerung des Vermietungsobjekts mit (angeblicher) Reinvestitionsabsicht 4/4
- Keine Ansparabschreibung im Liebhabereibetrieb 4/5
- Zweifelsfragen zum Verlustausgleichsvolumen nach § 15a Abs. 1 EStG 4/6
- Krankenversicherungsbeiträge nur für eine Basisabsicherung abziehbar 4/7
- Kein Abzug von Ehescheidungskosten als außergewöhnliche Belastung nach § 33 Abs. 2 Satz 4 EStG, keine Aussetzung der Vollziehung 4/8
- Krankenversicherungsbeiträge nur für eine Basisabsicherung abziehbar 5/4
- Betriebsaufspaltung - Keine personelle Verflechtung ohne Befreiung vom Selbstkontrahierungsverbot des § 181 BGB 5/5
- Keine Bindungswirkung einer offensichtlich unzutreffenden Bescheinigung nach § 7h Abs. 2 EStG 5/6
- Besuchsfahrten zu Kind, das im Ausland die Schule besucht, keine außergewöhnlichen Belastungen 5/7
- Bewertung der privaten Nutzung eines betrieblichen Fahrzeugs, Schätzung des Bruttolistenpreises bei einem Importfahrzeug 5/8
- Zur Steuerfreiheit von Leistungen aus berufständischen Versorgungseinrichtungen 5/9
- Gewinnübertragung nach § 6b EStG, Veräußerung an Schwesterpersonengesellschaft, Kürzung um fiktive Wertaufholung 5/10
- Lohnsteuerliche Behandlung der Überlassung eines betrieblichen Kfz an AN 6/4
- Steuerpauschalierung nach § 37b EStG für betrieblich veranlasste Zuwendungen 6/5
- Gewinnerzielungsabsicht trotz negativer Ertragsprognose bei Photovoltaikanlage 6/6
- Krankheits- und Beerdigungskosten als außergewöhnliche Belastung - Verfassungsmäßigkeit der zumutbaren Belastung und der rückwirkenden Anwendung von § 64 EStDV i.d.F. des StVereinFG 2011 6/7
- Auswirkungen des MoMiG auf nachträgliche Anschaffungskosten gemäß § 17 Abs. 2 EStG 6/8
- Ausfall einer privaten Darlehensforderung als Verlust bei den Einkünften aus Kapitalvermögen 6/9
- Steuerfreiheit einer Entschädigungszahlung nach dem Allg. Gleichbehandlungsgesetz 7/4
- Selbst getragene Krankheitskosten können nicht im Rahmen des Sonderausgabenabzugs für Krankenversicherungsbeiträge berücksichtigt werden 7/5
- Entschädigung für den Verlust von Versorgungsanswartschaften - Zwangslage bei Einigung mit Arbeitgeber 7/6
- Einkünfte aus Leistungen - „Break Fee“ 8/3
- Abfindungszahlung als Entschädigung - außerordentliche Einkünfte 8/4
- Unvermutet angefallene Kosten zur Wiederherstellung des zeitgemäßen Zustands eines Mietobjekts als „anschaffungsnahe Herstellungskosten“ 8/5
- Keine Begünstigung von Handwerkerleistungen bei Errichtung eines Neubaus nach § 35a Abs. 3 EStG 9/4
- Steuerfreiheit von Stipendien nach § 3 Nr. 44 EStG 9/5
- Aufnahme der beruflichen Tätigkeit - Entfernungspauschale für Fahrten zum Betriebsitz des Arbeitgebers? 9/6
- Abzug von Unterhaltsaufwendungen als außergewöhnliche Belastung 9/7
- Verlust aus der Veräußerung von Aktien 10/5
- Kindergeld, Zählkindervorteil in einer „Patchwork-Familie“ 10/6
- Nach Anschaffung unvermutet angefallene Kosten zur Wiederherstellung des zeitgemäßen

- Zustands eines Mietobjekts als „anschaffungsnahe Herstellungskosten“ 10/7
- Einnahmenüberschussrechnung (§ 4 Abs. 3 EStG); Nutzung der Anlage EÜR und elektronische Übermittlungspflichten ab VZ 2017 10/8
- Kosten der Heimunterbringung bei Demenz als außergewöhnliche Belastung 11/3

Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

- Wertsteigerungen infolge des Kaufkraftschwunds bei der Berechnung der Zugewinnausgleichsforderung 3/5
- Schenkungsteuer bei Zahlung eines überhöhten Entgelts durch eine GmbH an eine dem Gesellschafter nahestehende Person 5/12

Gewerbsteuer

- Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen Gewerbesteuerpflicht für Gewinne aus Veräußerung von Anteilen an einer Unternehmerschaft 7/7

Grunderwerbsteuer

- Befreiung bei Übertragung eines zum Nachlass gehörenden Grundstücks auf den Abkömmling eines Miterben im Rahmen einer Erbauseinandersetzung 1/6

Körperschaftsteuer

- Nachträgliche Herabsetzung eines zivilrechtlich wirksam vereinbarten Ruhegehalts 2/7
- Nebenkosten zur Anschaffung eigener Anteile einer AG im Fall der Veräußerung unter Geltung des BilMoG 2/8
- Angemessenheit der Gesamtausstattung eines Gesellschafters-Geschäftsführers – Angemessenheit und Deckelung einer Gewinnanteile 3/6
- Rückgängigmachung einer vGA 6/10
- Sanierungsklausel des § 8c Abs. 1a KStG wieder anzuwenden - keine unionsrechtswidrige Beihilfe 8/6
- Verlustübernahmeverpflichtung erst nach Ausgleich mit Kapitalrücklagen steht körperschaftsteuerlicher Organschaft entgegen 10/9

Umsatzsteuer

- Anforderungen an die erforderliche Eignung von Nachhilfelehrkräften 1/7
- Vermietung von Geschäftsräumen im selbstgenutzten Wohnhaus an eine Ein-Mann-GmbH 2/9
- Keine Steuerbefreiung für (Fach-) Autorenleistungen zur Erstellung von Lehrbriefen 3/7
- Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 12 Satz 1 Buchst. a UStG bei der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken mit Einrichtungsgegenständen 3/8
- Umsatzsteuerliche Behandlung der unentgeltlichen Übertragung eines unternehmerisch genutzten Grundstücks bei gleichzeitiger Einräumung eines Vorbehaltsnießbrauchs zu Gunsten des Schenkers 3/9
- Verpflichtung von Rechtsanwältinnen zur Abgabe der Zusammenfassenden Meldung trotz Schweigepflicht 3/10
- EuGH-Vorlage zur Steuerbefreiung medizinischer Analysen eines Facharztes für klinische Chemie und Laboratoriumsdiagnostik 3/11
- Umsatzsteuerliche Behandlung von Bitcoin und anderen sog. virtuellen Währungen; EuGH-Urteil vom 22.10.2015 - C 264/14, Hedqvist 4/10
- Steuerpflichtiger, der zugleich wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgeht, Holdinggesellschaft, die Dienstleistungen für ihre Tochtergesellschaften unentgeltlich erbringt 5/13
- Umsatzsteuerliche Behandlung d. von öffentlichen Schulen vereinnahmten Kopiergelder 7/8
- Änderung der Rechtsprechung zu d. Rechnungsanforderungen in § 14 Abs. 4 UStG 9/8
- Berichtigung beim unrichtigen Steuerausweis setzt Rückzahlung der Steuer an Rechnungsempfänger voraus 9/9
- Unmittelbare oder mittelbare Eingriffe einer Holdinggesellschaft in die Verwaltung ihrer Tochtergesellschaften, Vermietung eines Gebäudes durch eine Holdinggesellschaft an ihre Tochtergesellschaft, Vorsteuerabzug 10/10
- Vorsteueraufteilung bei gemischt genutztem Gebäude 11/4

Umwandlungsteuer

- Gewinn aus als Gegenleistung für Vermögensübertragung an Anteilseigner zu gewährende Aktien - keine Rückwirkung 7/9